

Trassen-Gegner wittern Einflussnahme

25.09.2009 - TAUNUSSTEIN

Von Heide Tittel

TANGENTE Regierungspräsidium: Entscheidungstermin völlig offen/Bürgerbegehren angedroht/Hofnagel: "Es geht nicht um ein paar Schmetterlinge"

Weil die Regionalversammlung Südhessen in ihrer heutigen Sitzung noch keine Entscheidung über das Abweichungsverfahren im Regionalplan fällt, meldet sich die Taunussteiner Bürgerinitiative "Ja zum Aartal - Nein zur Nordwesttangente" zu Wort. Sie befürchtet den Versuch politischer Einflussnahme von Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) auf das Regierungspräsidium Darmstadt (RP) und droht im Falle einer Genehmigung der Trasse mit einem Bürgerbegehren. Wie berichtet, soll die Umgehungsstraße für Hahn, die so genannte Nordwesttangente, durch Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiet verlaufen.

"Es gibt Probleme"

Um die Genehmigung dafür zu erhalten, ist ein Abweichungsverfahren im Regionalplan erforderlich. Die BI schreibt in ihrer Pressemitteilung: "Nach Auskunft des Regierungspräsidiums sind die Prüfungsarbeiten in dieser Angelegenheit zwar bereits abgeschlossen, die Stadt Taunusstein sucht jedoch weitere Gespräche mit dem Regierungspräsidium. Nach heutigem Stand ist nun mit einer Entscheidung der Regionalversammlung erst im Dezember zu rechnen." Für die Bürgerinitiative stehe fest, "dass der Antrag der Stadt Taunusstein nach sachlichen Kriterien sicher abgewiesen würde. Andernfalls würde wohl kaum Gesprächsbedarf seitens der Stadt Taunusstein bestehen".

Der Sprecher des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP), Gerhard Müller, erklärte auf Nachfrage, dass seine Behörde nie gesagt habe, dass das Thema Nordwesttangente heute auf der Tagesordnung der Regionalversammlung stehe. Vielmehr sei der Zeitpunkt der Entscheidung noch "völlig offen". Müller bestätigte, dass es wegen des Naturschutzes "ganz klar Probleme gibt". Dieser Aspekt werde, "in welcher Form auch immer", in die Vorlage an die Regionalversammlung einfließen. Müller: "Wir sind mit der Stadt Taunusstein im Dialog, es ist ein sehr komplexes Vorhaben".

Dass versucht werden könnte, politischen Einfluss auf die Behörde auszuüben, wies Müller vehement zurück: "Wir sind eine Verwaltungsbehörde und entscheiden nach Recht und Gesetz."

Die BI setzt auf eine "ablehnende Entscheidung" des RP, was dem zweiten Entwurf des neuen Regionalplans Südhessen 2009 entsprechen würde. "Die Nichtberücksichtigung der Nordwesttangente wird hier unter anderem mit dem fehlenden Nachweis der Notwendigkeit und der mangelnden Umweltverträglichkeit begründet."

"Fehler in Gutachten"

Laut BI weisen die Antragsunterlagen für das Abweichungsverfahren erhebliche Fehler auf: So werde etwa bei den schalltechnischen Untersuchungen der Anbau des Pflegeheimes in der Lessingstraße nicht berücksichtigt. Bedeutsam, "weil in der Nähe von Pflegeheimen strengere Vorschriften gelten". Weiter werde das Vorkommen der europaweit geschützten Äskulapnatter im Bereich des Vogelschutzgebietes nicht erwähnt und es werde zudem behauptet, das Aartal sei noch nicht auf der Liste der europaweit geschützten Gebiete. "Richtig ist jedoch, dass das Aartal mit EU-Beschluss vom 13. November 2007 in diese Liste aufgenommen wurde", stellt die BI klar.

Die Initiative macht auf Hinweise der Gutachter aufmerksam, wonach der durch den Bau der Nordwesttangente entstehende Mehrverkehr von 350 Prozent in der Kantstraße und die Steigerung des Durchgangsverkehrs in Watzhahn von 20 Prozent "für die Anwohner zumutbar seien". Und: "Als Verantwortlicher für die Antragstellung trägt Bürgermeister Hofnagel auch die Verantwortung

für fehlerhafte Gutachten, die als Grundlage für das Abweichungsverfahren dienen sollen."

Bürgermeister Michael Hofnagel (CDU) erklärte, dass sich die Stadt mit dem Abweichungsverfahren im Regionalplan in einem internen Anhörungsverfahren mit dem RP befinde. Dessen Entscheidung müsse rechtssicher und fundiert sein. "Niemand will eine Entscheidung, die beklagt und mit Bürgerbegehren überzogen werden kann. Es tut mir leid für die Bürgerinitiative, aber es ist immer eine politische Entscheidung." Hofnagel verwies auf die Mehrheitsentscheidung der Stadt Taunusstein zur Umgehungsstraße und erklärte: "Auch die Regionalversammlung wird politisch entscheiden, wenn alle Fachfragen geklärt sind."

"Gute Argumente"

Der Bürgermeister holt zum Gegenschlag aus: "Der BI geht es weniger um ein paar Schmetterlinge im Aartal als um ihr eigenes Eigentum". Es sei auch legitim, die eigene Wohnlage schützen zu wollen. "Aber das muss man bitte auch sagen." Er verstehe die Aufregung der Trassen-Gegner zum jetzigen Zeitpunkt nicht. "Im Moment ist nichts Neues auf dem Tisch. Vielleicht spricht ja daraus ein bisschen die Angst, dass Taunusstein doch gute Argumente hat."